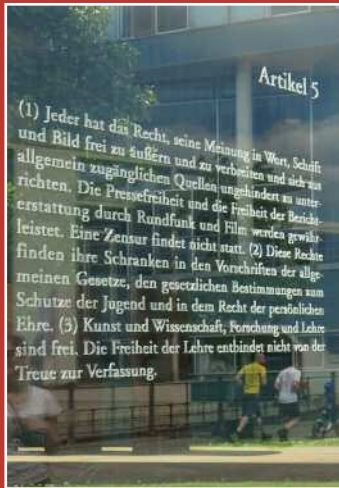


4. Politik und öffentliches Leben



Reichstag in Berlin, Sitz des Bundestags



Grundgesetz Artikel 5
(Pressefreiheit)



Europäisches
Parlament in
Straßburg



Angela Merkel
im Gästehaus in
Meseburg

4. Nicht zu verwechseln sind linke Gruppierungen wie Attac mit den Linksautonomen, die wie die rechtsextremen Gruppen immer wieder durch Demonstrationen Aufmerksamkeit erregen, die meist in destruktive Gewalt eskalieren.

5. Die Polizei macht Razzien gegen Rechtsextreme und ermittelt gegen Gruppen gewaltbereiter Neonazis, gegen sogenannte freie Kameradschaften. Kleinere vernetzte Gruppen, besonders in Ostdeutschland, werden sporadisch aktiv und schrecken auch vor mörderischer Gewalt nicht zurück. Rechtsextreme lancieren Kampagnen und treten mit Flugblättern, z.B. für Tierschutz, gegen Kindsmisbrauch, gegen hohe Mieten usw., auf, um in die Mitte der Gesellschaft zu gelangen. Die Übergänge zu rechtsextremistischen Jugendcliquen und rechtsextremen Politikern sind fließend. Verbote werden ausgesprochen. Bürger in vielen Städten gründen Bündnisse und Netzwerke gegen Rechts und wehren sich gegen Demonstrationen rechter Gruppierungen.

Die im rechten Spektrum angesiedelte NPD (= Nationaldemokratische Partei Deutschlands) vertritt eine nationalistische Ideologie und ist gegenwärtig in einem desolaten Zustand.



Demo für mehr Umweltschutz zu Beginn der UN-Klimakonferenz im November 2017 in Bonn

Bürgerinitiativen

1. Bürgerinitiativen sind basisdemokratisch, da sie Veränderungen von der Basis her anstreben. Es sind Zusammenschlüsse von Bürgern, die sich aus persönlicher Betroffenheit gegen bestimmte Zustände oder Entscheidungen der Gemeinden, der Bundesländer oder des Bundes wehren. Bürgerinitiativen werden unmittelbar tätig oder versuchen, über Unterschriftenlisten Gleichgesinnte zu mobilisieren.

Die Gründe für die Entstehung von Bürgerinitiativen sind vielfältig: Es gibt Initiativen gegen die Fracking-Methode, gegen den Flughafenausbau, gegen Nachtflüge und Fluglärm, Windkraftanlagen und Stromtrassen. Ein Novum ist die Europäische Bürgerinitiative, die im Lissabon-Vertrag eingeführt wurde. „Right2Water“ verhinderte mit 1 Million Unterstützern die Privatisierung der Wasserversorgung.

2. Im Gegensatz zu Bürgerinitiativen gibt es direktdemokratische Abstimmungen in allen Bundesländern, die gesetzlich geregelt sind: Volksbegehren und Volksentscheid. Durch diese Instrumente ist es möglich, ein Gesetz außer Kraft zu setzen oder eine Gesetzesänderung herbeizuführen. 2009 setzten sich die Bürger in Bayern für ein strenges Antirauchergesetz ein. Es gibt aber keine direktdemokratischen Volksabstimmungen für ganz Deutschland.

3. Die Bürger gehen auf die Straße und wehren sich, wenn sie politische Entscheidungen nicht mittragen wollen. Beispiele hierfür sind die Demonstrationen gegen kostenintensive Großbauten, insgesamt für mehr Bürgerbeteiligung und mehr Öffentlichkeit. Große Infrastrukturprojekte stoßen an ihre Grenzen. Das Wort „Wutbürger“ wurde geboren. Andererseits gibt es aber auch verschiedene Beteiligungsmodelle, z.B. bei der Planung und Genehmigung von Großprojekten, Bürgerversammlungen bis hin zu Bürgersprechstunden. Und alle Parteien sehen sich in der Pflicht, die Bürgerbeteiligung in ihr Programm aufzunehmen.